



JUSTUS-LIEBIG-UNIVERSITÄT GIESSEN

Professur für VWL II

Wolfgang Scherf

**Makroökonomische Grundlagen der
Globalsteuerung**

Erschienen in:

G. Kleinhenz, G. Kühlewind (Hrsg.), Mehr Beschäftigung in
Deutschland, BeitrAB 224, Nürnberg 1999, S. 117 – 142

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Prof. Dr. Wolfgang Scherf
Professur für Volkswirtschaftslehre II
Licher Straße 74
35394 Gießen
% 0641 99 22080

Makroökonomische Grundlagen der Globalsteuerung

Wolfgang Scherf

1. Problemstellung

Das stabilitätspolitische Konzept der Globalsteuerung basiert auf der Vorstellung, daß die Wirtschaftspolitik gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen – insbesondere Arbeitslosigkeit und Inflation – durch zielgerichteten Einsatz geld- und fiskalpolitischer Instrumente entgegenwirken könne. Angesichts der bislang vorliegenden praktischen Erfahrungen wird man in diesem Zusammenhang nicht mehr an eine Feinsteuerung der konjunkturellen Entwicklung denken, wohl aber an eine Dämpfung allzu starker konjunktureller Schwankungen von Preisniveau und Beschäftigung. Mit den theoretischen Grundlagen einer solchen stabilitätspolitischen Konzeption beschäftigen sich die folgenden Überlegungen. Sie können im gegebenen Rahmen allenfalls in groben Zügen und damit stark verkürzt dargestellt werden. Auch läßt sich eine subjektive Auswahl der als besonders relevant angesehenen Aspekte nicht vermeiden.

In der makroökonomischen Theorie konkurrieren verschiedene Hypothesensysteme, durch die gesamtwirtschaftliche Phänomene erklärt werden sollen. Die makroökonomischen Kontroversen waren „schon immer besonders heftig, weil Einkommen, Beschäftigung und Preisniveau seit jeher eine zentrale Bedeutung in der wirtschaftspolitischen Diskussion hatten“ (Siebke, J./Thieme, H. J. 1995: 91). Charakteristisch für die Auseinandersetzungen sind nicht zuletzt unterschiedliche Auffassungen über die gesamtwirtschaftlichen Anpassungsmechanismen, denen hinsichtlich der Koordination von Sparen und Investieren besondere Bedeutung beigemessen wird.

Die Verbindung zwischen Sparen und Investieren verdient spezielle Aufmerksamkeit, weil die Übereinstimmung der geplanten Ersparnisse mit der geplanten Nachfrage nach investierbaren Mitteln ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht charakterisiert. Dabei umfaßt die Nachfrage nach investierbaren Mitteln neben den privaten Investitionen das staatliche Budgetdefizit sowie den Leistungsbilanzsaldo. Die Auffassungen über den Charakter des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts gehen allerdings weit auseinander. Vereinfachend lassen sich die alternativen theoretischen Positionen durch drei Mechanismen charakterisieren, die eine Koordination von Sparen und Investieren bewirken können. Zu berück-

sichtigen sind (1) der klassische Zinsmechanismus, (2) der keynesianische Einkommensmechanismus und (3) der kaldorianische Verteilungsmechanismus.

Während das Standardmodell der Makroökonomie die beiden erstgenannten Anpassungsformen in der IS-LM-Analyse miteinander kombiniert, werden die Verteilungsaspekte weithin vernachlässigt. Die folgenden Überlegungen haben daher auch die Aufgabe, die traditionelle Sicht der Wechselwirkungen zwischen Sparen und Investieren durch die makroökonomischen Zusammenhänge zwischen der Verwendung des Sozialprodukts, dem privaten Sparen und der Einkommensverteilung zu ergänzen. Ziel ist eine realitätsnähere Erklärung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und damit verbunden eine Verbesserung der einkommens- und beschäftigungstheoretischen Grundlagen der Globalsteuerung.

2. Grundformen der gesamtwirtschaftlichen Anpassung

In der makroökonomischen Einkommens- und Beschäftigungstheorie werden Anpassungsprozesse zwischen Ersparnissen und Investitionen überwiegend in Abhängigkeit von Zins- und Einkommensänderungen gesehen. Je nach der Gewichtung der im IS-LM-Modell miteinander verbundenen klassischen und keynesianischen Elemente lassen sich recht unterschiedliche Modellvarianten konstruieren. Schon dieser Aspekt spricht dafür, Zins- und Einkommensmechanismus zunächst getrennt zu behandeln.

2.1. Der klassische Zinsmechanismus

Nach klassischer Auffassung werden Sparen und Investieren durch den Zinsmechanismus koordiniert. Beide Größen treffen als Angebot und Nachfrage auf dem Kreditmarkt zusammen. Das Angebot an Ersparnissen steigt mit dem Zins, während die Nachfrage nach Ersparnissen zur Finanzierung der Investitionen negativ mit dem Zins verbunden ist. Im Gleichgewicht entsprechen die zinsabhängig geplanten Ersparnisse der Summe aus zinsabhängigen Investitionen, Staatsverschuldung und Leistungsbilanzsaldo¹.

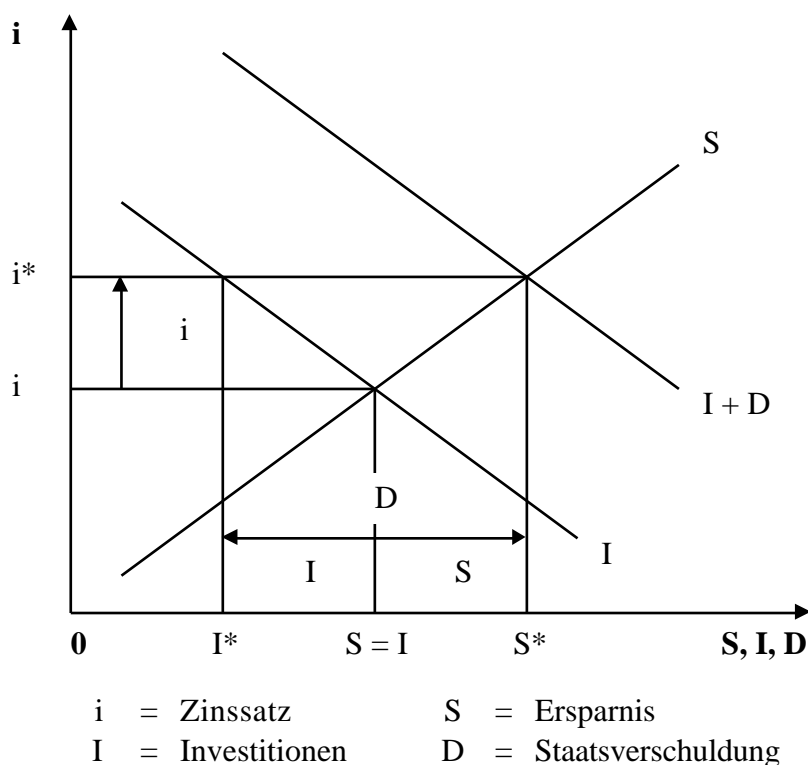
Abbildung 1 verdeutlicht den Anpassungsprozeß am Beispiel einer kreditfinanzierten Erhöhung der Staatsausgaben². Im Ausgangsgleichgewicht entsprechen

¹ Der Leistungsbilanzsaldo bleibt im folgenden formal unberücksichtigt. Man kann sich vorstellen, daß er in der Größe I (für die Investitionen) enthalten ist. Auch der Leistungsbilanzsaldo ist tendenziell negativ mit dem Inlandszins verknüpft, weil inländische Zinssteigerungen verstärkte Nettokapitalimporte mit der Folge einer DM-Aufwertung bewirken können.

² Die Symbolerklärungen finden sich bei den Abbildungen. Ein * charakterisiert Veränderungen; ein * symbolisiert neue Gleichgewichtswerte nach erfolgter Anpassung.

sich die zinsabhängigen Ersparnisse und Investitionen. Die Staatsverschuldung (D) erhöht die Nachfrage nach Ersparnissen und wirkt daher zinssteigernd (i). Es kommt einerseits zu einem Anstieg des Sparens (S), andererseits zu einer Verdrängung (crowding out) der privaten Investitionen (I). Der Zinsmechanismus sorgt für einen Abbau des Nachfrageüberhangs und damit für ein neues Gleichgewicht auf dem Kreditmarkt.

Abbildung 1: Der klassische Zinsmechanismus



Gleichzeitig reduziert der Zinsmechanismus den durch die staatlichen Mehrausgaben hervorgerufenen Nachfrageüberhang auf dem Gütermarkt, so daß Produktion und Beschäftigung per saldo unberührt bleiben. Nach klassischer Auffassung garantiert der Zinsmechanismus also ein permanentes Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung. Kurzfristig beeinflussen Variationen der verschiedenen Größen nicht die Einkommenshöhe, sondern nur die Nachfragestruktur, welche sich im vorliegenden Fall zugunsten der Staatsausgaben und zu Lasten der privaten Konsum- und Investitionsausgaben verschiebt (Issing, O. 1991: 91).

Eine Globalsteuerung der Wirtschaft wäre überflüssig, wenn der Zinsmechanismus in der beschriebenen Weise funktionieren würde. Allerdings basieren die Ergebnisse in starkem Maße auf realitätsfernen Prämissen hinsichtlich des Spar- und Investitionsverhaltens. Die Annahme der (alleinigen) Zinsabhängigkeit dieser Größen ist ebenso fraglich wie die einseitige Betonung der güterwirtschaftli-

chen Determinanten bei gleichzeitiger Vernachlässigung der monetären Bestimmungsfaktoren des Zinsniveaus.

2.2. Der keynesianische Einkommensmechanismus

In der keynesianischen Gütermarktanalyse wird die klassische Hypothese von der Zinsabhängigkeit des Sparens durch die realitätsnähere Annahme der Abhängigkeit vom verfügbaren (Real-) Einkommen ersetzt³. Die Investitionen werden zwar weiterhin durch den Zins bestimmt, doch ist dieser auch durch monetäre Faktoren determiniert. Die Investitionen, die bei einem gegebenen Zins zustande kommen, müssen daher keineswegs mit den Ersparnissen übereinstimmen, die von den privaten Haushalten bei einem Vollbeschäftigungseinkommen geplant werden. Vielmehr können sich die Ersparnisse über Veränderungen des Sozialprodukts den Investitionen anpassen.

Die kurzfristigen makroökonomischen Zusammenhänge zwischen Ersparnissen, Investitionen und Sozialprodukt werden durch den Einkommensmechanismus erheblich modifiziert. Veränderungen der Investitions- bzw. Sparneigung können den Gleichgewichtsausgang unter sein Vollbeschäftigungsniveau drücken und damit Arbeitslosigkeit hervorrufen. Eine Verminderung der Investitionsgüternachfrage wird keineswegs automatisch über Zinssenkungen beschäftigungsneutral in einen Konsumzuwachs umgesetzt. Die Anpassung erfolgt vielmehr in erster Linie durch einen – in diesem Fall negativen – Multiplikatorprozeß, in dessen Verlauf das Einkommen solange sinkt, bis die einkommensabhängig geplanten Ersparnisse dem reduzierten Investitionsvolumen entsprechen⁴.

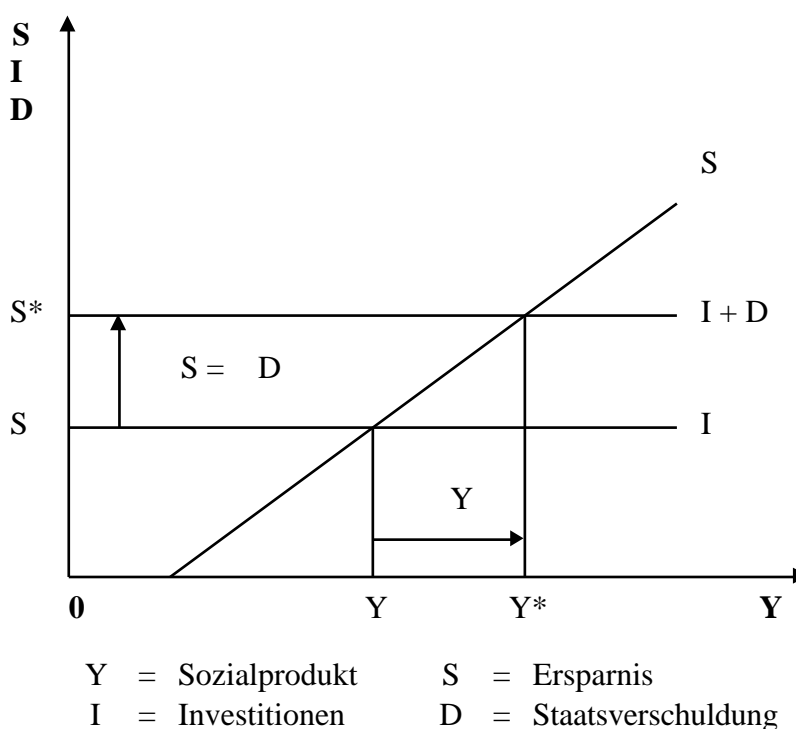
Infolgedessen widerspricht die keynesianische Theorie – nach allen empirischen Erfahrungen völlig zu Recht – der klassischen Vollbeschäftigungsannahme. Damit verbunden stellt sich bereits die Frage nach den Möglichkeiten der Wirt-

³ Neben dem laufenden Einkommen kann der Vermögensbestand die Konsum- bzw. Sparscheidungen beeinflussen. Nach der Lebenszyklus- oder der permanenten Einkommenshypothese reduziert sich damit die Reaktion des Konsums auf kurzfristige Einkommensänderungen. Dies ändert vielleicht das Ausmaß, aber kaum die Richtung der im folgenden zu diskutierenden keynesianischen Einkommenseffekte.

⁴ Aus (neo-) klassischer Sicht würde man nun darauf hinweisen, daß ein Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bei flexiblen Löhnen und Preisen nicht von Dauer sein kann. Selbst wenn die Nominallöhne in der Realität so flexibel wären, wie es die klassische Theorie voraussetzt, bleiben jedoch erhebliche Zweifel an der Beschäftigungswirksamkeit von Lohnsenkungen in der Rezession. Zwar führen sie zu einer Verminderung der Stückkosten, was die Unternehmen zu Preissenkungen veranlassen könnte. Bei nominell gegebener Nachfrage würden Produktion und Beschäftigung steigen. Gerade diese Annahme ist allerdings makroökonomisch unhaltbar, denn Nominallohnkürzungen gehen mit einer annähernd parallelen nominellen Nachfragesenkung einher, lassen also die reale Nachfrage weitgehend unberührt. Infolgedessen kann man nicht erwarten, daß flexible Löhne zur Vollbeschäftigung zurückführen, nachdem ein Nachfrageausfall eine rezessive Entwicklung in Gang gesetzt hat. Vgl. zur Beschäftigungswirksamkeit von Lohnsenkungen Landmann, O. 1981: 133 ff, Kromphardt, J. 1987: 82 ff.

schaftspolitik, konjunkturellen Fehlentwicklungen (im Sinne eines IS-Gleichgewichts bei Unterbeschäftigung) entgegenzuwirken. Abbildung 2 verdeutlicht das Grundprinzip der antizyklischen Nachfragesteuerung in der Rezession für den Fall eines elastischen Geldangebots, d. h. für ein konstantes Zinsniveau.

Abbildung 2: Der keynesianische Einkommensmechanismus



Die Investitionsnachfrage liegt unterhalb der bei einem Vollbeschäftigungssozialprodukt geplanten Ersparnisse. Produktion und Beschäftigung erreichen daher im IS-Ausgangsgleichgewicht nicht ihr Vollbeschäftigungsniveau. Kreditfinanzierte Mehrausgaben des Staates oder kreditfinanzierte Steuersenkungen, welche die private Nachfrage anregen, erhöhen nun die Güter- und Kreditnachfrage. Bei weitgehend konstantem Zins wird der Nachfrageüberhang durch Mehrproduktion abgebaut, was tendenziell mit einem Beschäftigungszuwachs verbunden ist. Mit dem Sozialprodukt (Y) steigen die einkommensabhängigen Ersparnisse (S) und passen sich so der durch die Staatsverschuldung (D) erhöhten Nachfrage nach investierbaren Mitteln an.

Der Anstieg der Staatsverschuldung führt bei Unterbeschäftigung nicht zu einer Verdrängung privater Investitionen. Im Gegenteil: Die expansiven Einkommenseffekte und die bessere Auslastung der vorhandenen Produktionskapazitäten

dürften die Investitionen anregen und somit ein crowding in bewirken⁵. Antizyklische Finanzpolitik in der Rezession verbessert also nicht nur die Einkommens- und Beschäftigungssituation, sondern erhöht auch die Ersparnisse, die Investitionen und das Wachstum.

Nach der das Gegenteil suggerierenden crowding-out-These müßten auch steigende Nettoexporte die Investitionstätigkeit behindern, weil sie einen Teil der Ersparnisse absorbieren. Tatsächlich werden sie jedoch als Konjunkturstütze geschätzt. Logisch vereinbar sind derart unterschiedliche Bewertungen einer staatlich induzierten und einer ausländischen Mehrnachfrage bei Unterbeschäftigung nicht, denn in beiden Fällen kann die Anpassung der Ersparnisse über Einkommensänderungen erfolgen, ohne daß die Investitionen sinken müssen. Vorheriges Sparen ist keine Voraussetzung für zusätzliche Investitionen oder eine höhere Staatsverschuldung. Ein Anstieg der zum gegebenen Einkommen geplanten Ersparnisse wirkt für sich genommen sogar negativ auf den Gleichgewichtsausgang, denn der Ausfall an Konsumgüternachfrage veranlaßt die Unternehmen zu Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen (Sparparadox).

Der bislang diskutierte reine Einkommensmechanismus funktioniert nur bei konstantem Zins. Bei variablem Zins erfolgt die Anpassung gegebenenfalls über kombinierte Zins- und Einkommensänderungen. Das Zusammenwirken beider Mechanismen steht im Zentrum der IS-LM-Analyse, auf die noch zurückzukommen sein wird (vgl. Abschnitt 3).

2.3. Der kaldorianische Verteilungsmechanismus

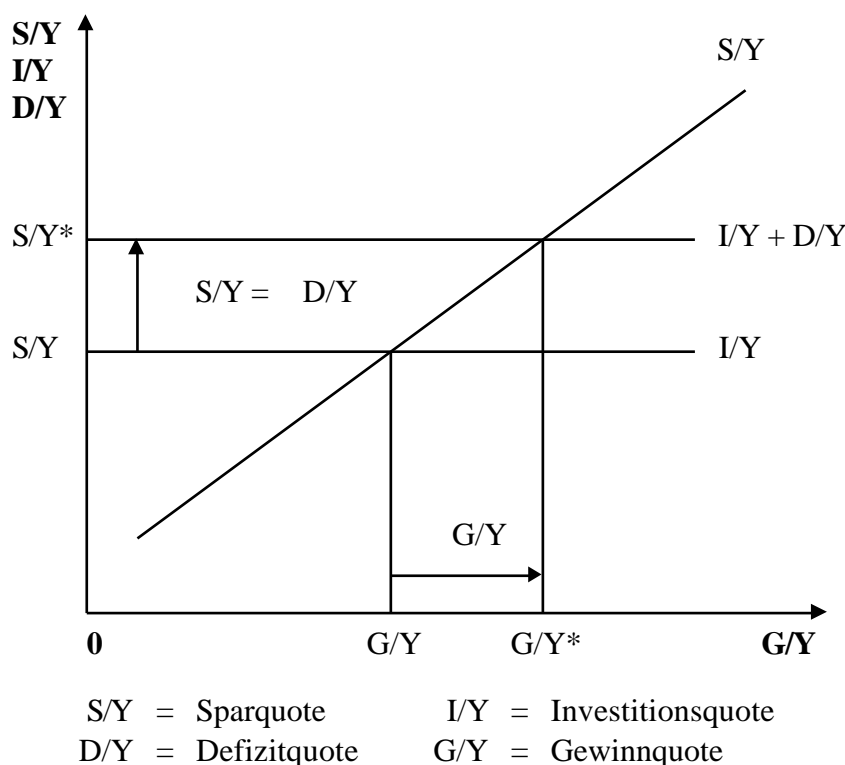
Zins- und Einkommensmechanismus spielen in der makroökonomischen Einkommenstheorie eine dominierende Rolle. Relativ wenig Berücksichtigung findet dagegen eine dritte Form der Anpassung von Sparen und Investieren, der auf Kaldor zurückgehende Verteilungsmechanismus (Kaldor, N. 1962: 209 ff). Nach der kaldorianischen Verteilungstheorie entscheiden die Investitionsquote und das Sparverhalten über die Anteile der Arbeitnehmer und Unternehmer am Volkseinkommen. Da die Unternehmer – insbesondere unter Berücksichtigung nicht ausgeschütteter Gewinne (Scherf, W. 1995/1: 509 ff) – einen höheren Anteil ihres Einkommen sparen als die Arbeitnehmer, ist die volkswirtschaftliche Sparquote positiv von der Gewinnquote abhängig. Daher kann die Koordination von Sparen

⁵ In Abbildung 2 würde sich dieser Effekt in einer mit dem Sozialprodukt steigenden Investitionsfunktion niederschlagen. Die Einkommens- und Beschäftigungswirksamkeit der Staatsverschuldung wäre größer und der Sozialproduktszuwachs von Y auf Y^* mit relativ weniger Verschuldung erreichbar.

und Investieren bei Konstanz des realen Sozialprodukts und des Zinsniveaus über Veränderungen in der Einkommensverteilung erfolgen.

Wie dies geschieht, illustriert Abbildung 3. Dargestellt ist der Anteil der privaten Ersparnisse am Sozialprodukt, der mit der Gewinnquote steigt (Külp, B. 1994: 79 ff). Der Schnittpunkt der Sparquotenfunktion mit dem als autonom vorausgesetzten Anteil der Investitionen am Sozialprodukt markiert das ursprüngliche IS-Gleichgewicht. Wenn die Nachfrage nach investierbaren Mitteln infolge einer kreditfinanzierten Erhöhung der Staatsausgaben steigt (D/Y), verschiebt sich die Nachfragefunktion nach oben und der Schnittpunkt mit der Sparquotenfunktion nach rechts. Die gleichgewichtige Gewinnquote nimmt zu (G/Y), und damit passen sich die Ersparnisse der höheren Kreditnachfrage an (S/Y).

Abbildung 3: Der kaldorianische Verteilungsmechanismus



Die Verteilungsumschichtung zugunsten der stärker sparenden Unternehmer erfolgt bei gegebenen Stückkosten über nachfragebedingte Preissteigerungen. Sie kann aber auch durch ein Zurückbleiben der Nominalloohnerhöhungen hinter dem Produktivitätsfortschritt herbeigeführt werden. Die reale Verminderung des Arbeitnehmerinkommens und die damit einhergehende Verdrängung des Arbeitnehmerkonsums ist bei gegebener Höhe des Sozialprodukts erforderlich, um dessen Verwendungsstruktur zugunsten der kreditfinanzierten Staatsausgaben zu

verschieben. Die gleichen Konsequenzen hätte ein Anstieg der Investitionen oder des Leistungsbilanzsaldos in einer vollbeschäftigten Wirtschaft.

Die Wechselwirkungen zwischen Sparen und Investieren lassen sich erst unter Berücksichtigung dieser makroökonomischen Verteilungsaspekte befriedigend erklären. Da der Anteil der privaten Vermögensbildung am Sozialprodukt mit der Gewinnquote zunimmt, kann sich das Sparen wesentlich elastischer der Kreditnachfrage anpassen als es in den traditionellen Makro-Modellen zum Ausdruck kommt. Allerdings steht der Kaldor-Mechanismus etwas unverbunden neben den beiden anderen, weil er nur für eine vollbeschäftigte Wirtschaft relevant zu sein scheint. Dies trifft jedoch nicht zu. Schon ein Blick auf die empirische Entwicklung, die typischerweise durch einen deutlichen Anstieg der Gewinnquote im Aufschwung gekennzeichnet ist, signalisiert das Gegenteil. Auf die Integration der kaldorianischen Verteilungszusammenhänge in die Einkommens- und Beschäftigungstheorie wird im folgenden noch genauer eingegangen (vgl. Abschnitt 4).

3. Zins- und Einkommensmechanismus im IS-LM-Modell

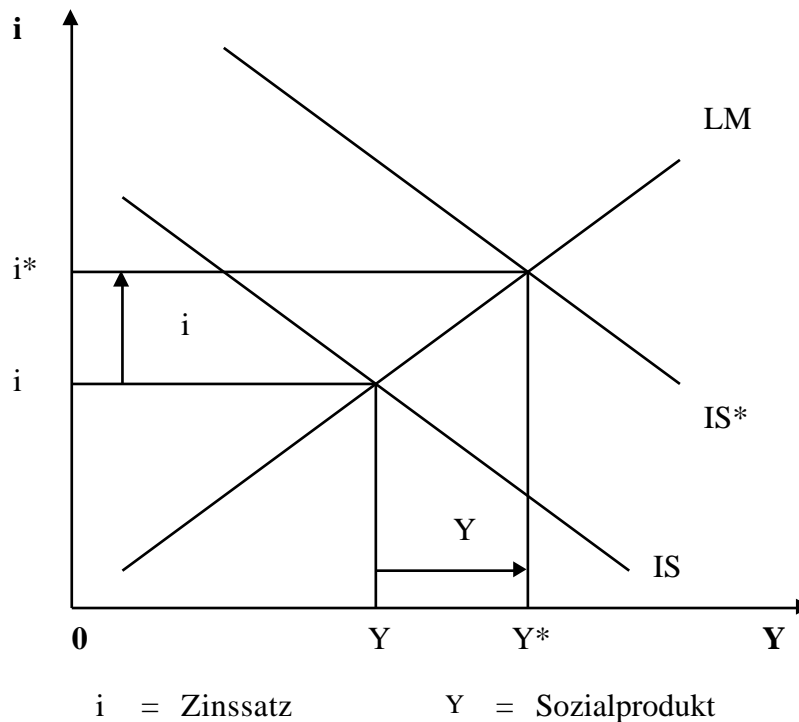
3.1. Die Verknüpfung von Güter- und Geldmarkt

Den Ausgangspunkt der Überlegungen zur Kombination der verschiedenen Formen der gesamtwirtschaftlichen Anpassung bildet das IS-LM-Modell (Hicks, J. R. 1937: 147 ff). Es verbindet den Gütermarkt einer Volkswirtschaft mit dem Geldmarkt. Der Gütermarkt wird durch die IS-Funktion charakterisiert, die einen negativen Zusammenhang zwischen Zins und Einkommen zum Ausdruck bringt: Bei sinkendem Zins steigen die Investitionen und bewirken eine multiplikative Erhöhung des Sozialprodukts. Auf dem Geldmarkt trifft das seitens der Zentralbank fixierte Geldangebot auf eine Geldnachfrage, die in positiver Abhängigkeit vom Sozialprodukt (Transaktionskasse) und in negativer Abhängigkeit vom Zins (Spekulationskasse) gesehen wird. Die LM-Funktion stellt den daraus resultierenden positiven Zusammenhang zwischen Zins und Einkommen dar: Ein höheres Sozialprodukt kann bei gegebener Geldmenge nur finanziert werden, wenn die zinsabhängige Geldnachfrage über steigende Zinsen verdrängt wird.

Abbildung 4 verdeutlicht den Anpassungsprozeß im IS-LM-Modell am Beispiel einer wachsenden Staatsverschuldung. Die kreditfinanzierte Mehrnachfrage des Staates auf dem Gütermarkt äußert sich in einer Rechtsverschiebung der IS-Funktion. Zwar führt dies zu einem Anstieg von Produktion und Beschäftigung (Y), der zusätzliche Ersparnisse mit sich bringt. Die gleichzeitige Erhöhung der

Geldnachfrage verursacht aber auch Zinssteigerungen (i), die einen Investitionsrückgang bewirken. Auf diese Weise kommt die crowding-out-These in modifizierter Form wieder ins Spiel. Ihre Relevanz hängt jedoch in starkem Maße von der konjunkturellen Situation und, eng damit verbunden, von den lohn-, geld- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen ab, welche die relative Bedeutung beider Mechanismen bestimmen.

Abbildung 4: Zins- und Einkommensmechanismus

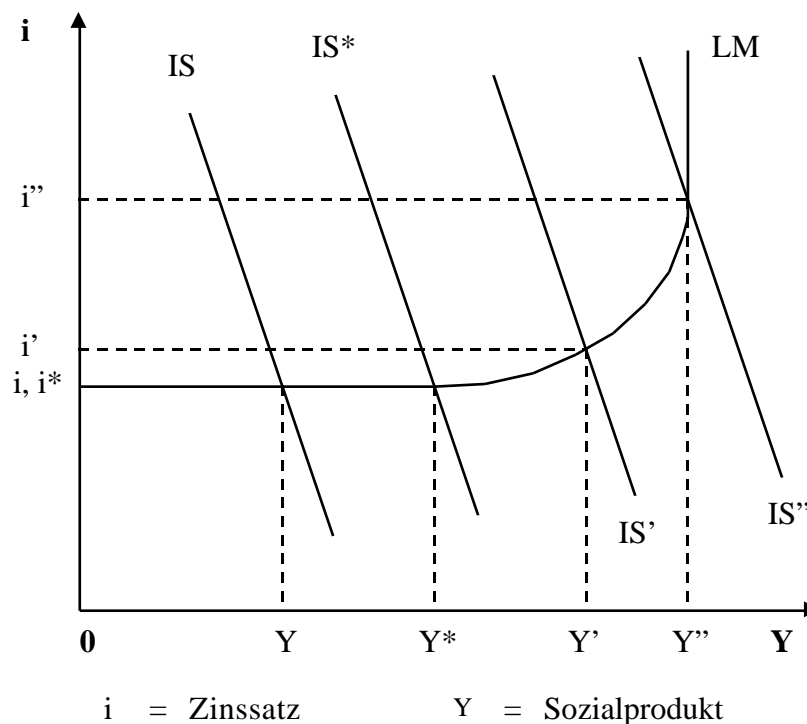


Das IS-LM-Modell verbindet klassische und keynesianische Elemente, indem es zinsabhängige Investitionen mit einkommensabhängigen Ersparnissen kombiniert. Die damit einhergehende Unmöglichkeit einer Bestimmung des makroökonomischen Gleichgewichts ausschließlich aus den Gütermarktbeziehungen wird durch die Einführung des Geldmarktes gelöst. Der Zinsmechanismus reduziert den Einkommensmultiplikator und dämpft damit die Wirkungen einer Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage auf Produktion und Beschäftigung. Umgekehrt kann man aber auch sagen, daß der Einkommensmechanismus einer beschäftigungsneutralen Absorption von Nachfrageschwankungen über Zinsänderungen entgegensteht.

3.2. Wirkungen der Fiskal- und der Geldpolitik

Das Zusammenwirken von Zins- und Einkommensmechanismus im IS-LM-Modell ist durch den Verlauf der IS- respektive LM-Funktion determiniert. Auch die relative Effizienz der Fiskal- und Geldpolitik hängt davon ab. Abbildung 5 verdeutlicht die Wirkungen der Fiskalpolitik für eine LM-Funktion, die einen zinselastischen „keynesianischen“ und einen zinsunelastischen „klassischen“ Bereich aufweist.

Abbildung 5: Fiskalpolitik im IS-LM-Modell



Der horizontale Ast der LM-Funktion wird in der Literatur mit dem Hinweis auf die sogenannte Liquiditätsfalle begründet. Diese zeichnet sich durch eine unendliche Zinselastizität der Geldnachfrage aus. Der Zins liegt so niedrig, daß nahezu alle Wirtschaftssubjekte in Zukunft Zinssteigerungen erwarten. Damit wären aber Kursverluste bei festverzinslichen Wertpapieren verbunden, so daß die Bargeldhaltung der Wertpapierhaltung vorgezogen wird. Überzeugen kann diese Begründung allerdings nicht, denn in einer modernen Geldwirtschaft gibt es genügend zinstragende und risikolose kurzfristige Anlageformen, die eine Bargeldhaltung zu spekulativen Zwecken als wenig rational erscheinen lassen (Oberhauer, A. 1977: 207 ff).

Die LM-Funktion reduziert sich dann auf den quantitätstheoretischen Zusammenhang zwischen Geldangebot und Geldnachfrage. Die Geldmenge dient allein

der Finanzierung des nominellen Sozialprodukts. Das Verhältnis der beiden Größen wird durch die Umlaufgeschwindigkeit bestimmt. Dennoch ist ein horizontaler Verlauf der LM-Funktion in bestimmten Situationen nicht unwahrscheinlich. Er muß aber anders begründet werden, und zwar mit dem Geldangebotsverhalten der Zentralbank. Wenn das Geldangebot auf Veränderungen der Geldnachfrage reagiert, ist die Geldmenge nicht mehr als exogen fixierte, sondern als teilweise endogen bestimmte Größe zu betrachten.

Die Zentralbank dürfte in einer unterbeschäftigten Wirtschaft, in der Nachfrage und Sozialprodukt wieder zunehmen, die damit einhergehende zusätzliche Geldnachfrage zunächst ohne Zinsanstieg befriedigen, jedenfalls solange keine gravierenden Preissteigerungen eintreten. Dazu muß die Geldmenge bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit proportional mit dem Sozialprodukt wachsen. Daß die Umlaufgeschwindigkeit im Aufschwung in der Regel steigt, erleichtert die Finanzierung des höheren Transaktionsvolumens. Mit zunehmender Annäherung an den normalen Auslastungsgrad des Produktionspotentials steigt die LM-Funktion an, weil (und sofern) diese Entwicklung mit konjunktureller und eventuell auch mit lohnkostenbedingter Inflation einhergeht. Die Zentralbank wird darauf mit einer restriktiveren Geldpolitik reagieren, die den gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsspielraum einschränkt und höhere Zinsen zur Folge hat.

Bei elastischem Geldangebot entfaltet die Fiskalpolitik ihre höchste Einkommens- und Beschäftigungswirksamkeit, weil sie keine Zinssteigerungen auslöst, die – je nach Zinselastizität der privaten Investitionen – ein crowding out bewirken könnten. Da ein elastisches Geldangebot insbesondere in einer gravierenden Rezession ($Y < Y^*$) vorliegen dürfte, ergibt sich bezogen auf die Globalsteuerung in dieser Situation eine Präferenz für die Fiskalpolitik. Zwar nimmt die Einkommens- und Beschäftigungswirksamkeit fiskalpolitischer Maßnahmen mit zunehmender Annäherung an die Vollbeschäftigung (Y') aufgrund des zinsunelastischeren Verlaufs der LM-Funktion ab, gleichzeitig sinkt aber auch der Bedarf an expansiver Fiskalpolitik.

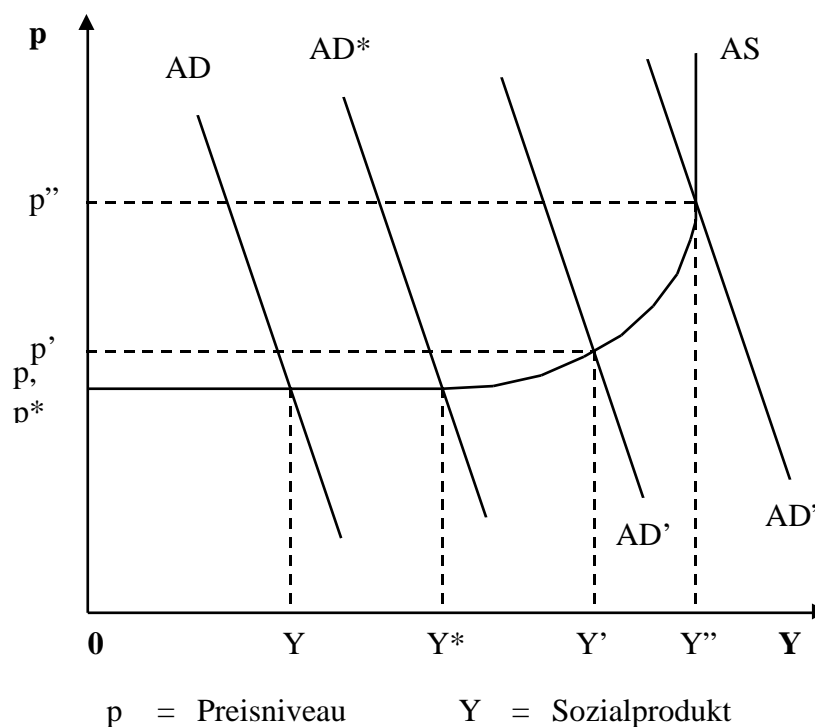
Für die Geldpolitik wird im IS-LM-Modell umgekehrt abgeleitet, daß sie in der Rezession wenig wirksam sei, im Aufschwung aber an Effizienz gewinne. Soweit die Unwirksamkeit einer expansiven Geldpolitik bei Unterbeschäftigung mit der Liquiditätsfalle begründet wird, ist diese These allerdings aus den genannten Gründen zurückzuweisen. Wenn es keine (nennenswerte) spekulative Kassenhaltung gibt, kann die Geldpolitik auch eine horizontal verlaufende LM-Kurve

weiter nach unten verschieben⁶. Daß dennoch kein starker Produktions- und Beschäftigungszuwachs erzielt werden kann, liegt an der Steigung der IS-Funktion. Diese dürfte aufgrund einer rezessionsbedingt geringen Zinselastizität der Investitionen relativ steil verlaufen. Zinssenkungen allein führen dann nicht zu den erwünschten konjunkturellen Impulsen.

3.3. Berücksichtigung der Angebotsbedingungen

Ein Mangel des einfachen IS-LM-Modells besteht in der zu stark vereinfachten Modellierung der gesamtwirtschaftlichen Angebotsbedingungen. Nur für den Fall einer ausgeprägten Rezession, in der Kostensteigerungen ausbleiben, ist die Annahme, die Unternehmen würden zum gegebenen Preisniveau jede relevante Produktionsmenge anbieten, realistisch. Im Normalfall muß jedoch mit einer Kombination von Preis- und Mengeneffekten gerechnet werden, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage variiert.

Abbildung 6: Angebots- und Nachfragepreisniveau



Die relative Bedeutung der Preis- und Mengeneffekte variiert bei konstantem Kostenniveau mit der konjunkturellen Situation. Abbildung 6 zeigt den typischen Verlauf einer Funktion für das Angebotspreisniveau in Abhängigkeit vom Ausla-

⁶ Voraussetzung ist, daß die Zentralbank den Zinssatz autonom steuern kann. Dies ist in einer offenen Volkswirtschaft nur begrenzt möglich. Auf die Implikationen der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Effizienz der Globalsteuerung kann hier nicht näher eingegangen werden.

stungsgrad des Produktionspotentials. Bei gravierender Unterauslastung hat diese AS-Funktion einen horizontalen „keynesianischen“ Ast. Mit zunehmender Annäherung an die Normalauslastung kommt es aber schon zu geringen konjunkturellen Preissteigerungen, und bei Überschreiten der Normalauslastung finden Anpassungsprozesse schwergewichtig über die Inflationskomponente statt.

Den Bezug zum IS-LM-Modell stellt die Funktion für das Nachfragepreisniveau her (Dornbusch, R. / Fischer, S. 1995: 227 ff). Bei nunmehr flexiblem Preisniveau variiert der Realwert der Geldmenge gegenläufig zur Inflation. Preissenkungen sind so gesehen ein Substitut für Geldmengenerhöhungen. Sie reduzieren die Geldnachfrage für Transaktionszwecke. Von einer gegebenen Geldmenge muß daher ein größerer Teil in der Spekulationskasse untergebracht werden, was nur über Zinssenkungen möglich ist. Diese erhöhen die zinsabhängige Investitionsnachfrage und setzen einen expansiven Multiplikatorprozeß in Gang. Infolgedessen verknüpft die AD-Funktion ein geringeres Preisniveau nachfrageseitig mit einem höheren Sozialprodukt.

Die Begründung der Funktion für das Nachfragepreisniveau mit dem Realkaseneffekt einer Preissenkung ist allerdings problematisch. Sollte es in einer Volkswirtschaft zu Preissenkungen kommen, so hat der damit einhergehende Rückgang der Geld- und Kreditnachfrage zumindest unter den institutionellen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland Rückwirkungen auf die umlaufende Geldmenge. Die Geschäftsbanken werden spätestens dann ihre Refinanzierung bei der Zentralbank einschränken, wenn die Refinanzierungskosten die erzielbare Rendite aus einer weiteren Kreditvergabe abzüglich eines Risikozuschlags überschreiten. Die Geldversorgung paßt sich auf diese Weise der Geldnachfrage an. Infolgedessen entsteht kein Geldangebotsüberhang, der zinssenkend und nachfrageanregend wirken könnte.

Bereits an dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß eine fallende Funktion für das Nachfragepreisniveau dennoch begründet werden kann, und zwar ohne Rückgriff auf monetäre Größen über den kaldorianischen Verteilungsmechanismus. Preissenkungen laufen bei gegebenen Lohnstückkosten auf eine Verteilungsumschichtung zugunsten der Arbeitnehmer hinaus. Wenn sie aus dem real gestiegenen Einkommen mehr konsumieren und ihre Konsumneigung die der Unternehmer deutlich übersteigt, führt die Verteilungsänderung per saldo zu einer realen Mehrnachfrage. Ein zinsbedingter Anstieg der Investitionen ist dazu nicht erforderlich. Dieser Punkt wird weiter unten noch einmal aufzugreifen sein (vgl. Abschnitt 4).

Der Schnittpunkt der beiden Preis-Realeinkommensfunktionen markiert ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht. Eine Erhöhung der autonomen Ausgaben bewirkt eine Rechtsverschiebung der Funktion für das Nachfragepreinsniveau. Im Unterbeschäftigungsbereich ($Y < Y'$) kommt es zu einem Anstieg von Produktion und Beschäftigung, d. h. die Mengeneffekte dominieren. Bei hoher Auslastung der Produktionskapazitäten ($Y > Y'$) führen Rechtsverschiebungen der Nachfragefunktion jedoch vorwiegend zu Preissteigerungen. Das Konzept der Globalsteuerung, das symmetrisch angelegt ist, sieht dementsprechend eine Nachfrageexpansion nur für die Rezession vor, während im „klassischen“ Vollbeschäftigungsbereich u. U. das Gegenteil angezeigt ist.

4. Die Integration des Verteilungsmechanismus⁷

Die Berücksichtigung der Angebotsbedingungen erweitert das IS-LM-Modell um den Preismechanismus. Im Vollbeschäftigungsbereich ist dieser sogar die einzige verbleibende Form der Anpassung des Angebots an Nachfrageänderungen. Eine Verbindung mit der kaldorianischen Verteilungstheorie drängt sich daher förmlich auf, denn die Preissteigerungen führen bei gegebenen Lohnstückkosten zu einer Verteilungsumschichtung zugunsten der Unternehmergewinne. Das Sparen kann sich dadurch auch und gerade bei Vollbeschäftigung einer höheren Kreditnachfrage anpassen. Im Gegensatz zur traditionellen Interpretation ist eine – konjunkturell verfehlte – expansive Fiskalpolitik daher keineswegs zwingend mit einer Verdrängung der Investitionen verbunden, sondern kann auch zu Lasten des Konsums gehen.

4.1. Zins- und Verteilungsmechanismus

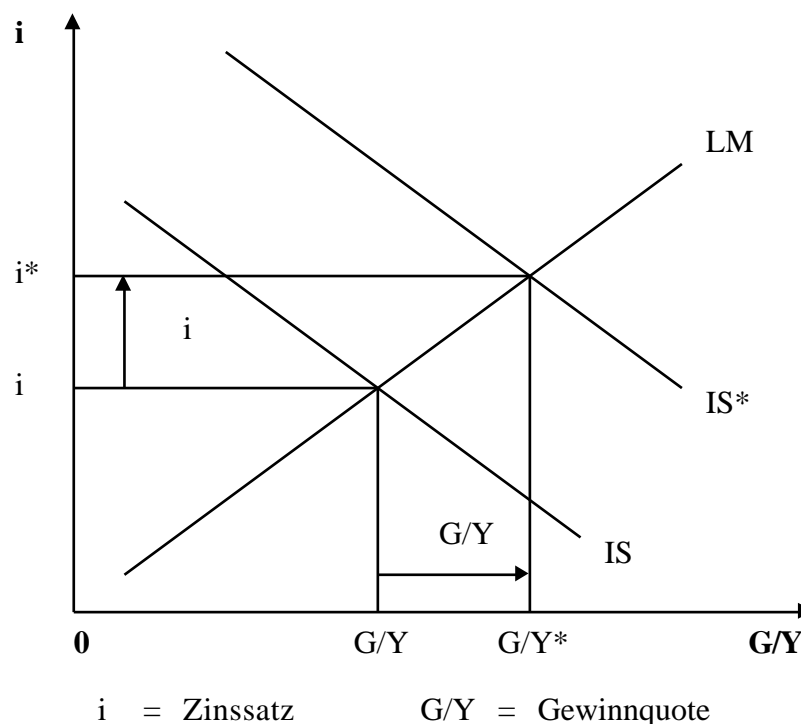
Während der (Real-) Einkommensmechanismus bei Vollbeschäftigung ausfällt, ist eine Kombination von Verteilungs- und Zinsmechanismus möglich. Der Verteilungsmechanismus basiert darauf, daß Diskrepanzen zwischen Güterangebot und -nachfrage bei Vollbeschäftigung über Preisänderungen (relativ zu den Lohnstückkosten) abgebaut werden. Bei gegebenem realen Sozialprodukt schlagen sich die Preisvariationen jedoch in der Höhe des nominellen Sozialprodukts nieder, verändern also die Geldnachfrage zu Transaktionszwecken. Daher stellt sich die Frage, inwieweit monetäre Faktoren den für das Funktionieren des Verteilungsmechanismus entscheidenden Preisanpassungsspielraum beeinflussen.

⁷ Vgl. zur modelltheoretischen Analyse des Verteilungsmechanismus und seiner Verbindungen zu den anderen Formen der Koordination von Sparen und Investieren Scherf, W. 1994.

Letztlich kommt es dabei wieder auf die Elastizität des Geldangebots, also auf die Geldpolitik an.

Abbildung 7 verdeutlicht das Zusammenwirken beider Mechanismen bei Vollbeschäftigung. Ein Anstieg der Gewinnquote, der über Preissteigerungen erfolgt, kann nur finanziert werden, wenn die Zentralbank das erforderliche Geldmengenwachstum zuläßt. Bei begrenzter Elastizität des Geldangebots muß dagegen eine Erhöhung des Zinsniveaus in Rechnung gestellt werden. Die auf die Gewinnquote bezogene LM-Funktion bringt diesen positiven monetären Zusammenhang zwischen Zins und Gewinnquote zum Ausdruck. Andererseits zeigt die ebenfalls auf die Gewinnquote bezogene IS-Funktion, daß ein Zinsanstieg, der die Investitionsquote reduziert, mit einem Rückgang der Gewinnquote verbunden ist, welcher die für ein Gütermarktgleichgewicht erforderliche Senkung der Sparquote herbeiführt.

Abbildung 7: Zins- und Verteilungsmechanismus



Zusätzliche kreditfinanzierte Staatsausgaben verschieben die verteilungsabhängige IS-Funktion nach rechts. Im Ergebnis kommt es zu einer Erhöhung der Gewinnquote (G/Y), die von Zinssteigerungen (i) begleitet wird. Letztere bewirken für sich genommen eine Senkung der zinsabhängigen Investitionen. Durch die partielle Anpassung der Nachfrage nach Ersparnissen übernimmt der

Zinsmechanismus also einen Teil der Anpassungslast, die sonst allein dem Verteilungsmechanismus zufallen würde.

Dem verbleibenden Überhang der Kreditnachfrage passen sich die Ersparnisse und damit das Angebot an investierbaren Mitteln durch Gewinnquotenerhöhung an. Dabei fallen die Preissteigerungen gegenüber dem reinen Verteilungsmechanismus geringer aus, was auf die monetären Restriktionen und das damit verbundene partielle crowding out der privaten Investitionen zurückzuführen ist. Der Gewinnquoteneffekt wirkt in dieser Hinsicht aber dem Zinseffekt entgegen, so daß die Veränderung der Investitionen per saldo unbestimmt bleibt.

Für die Globalsteuerung folgt aus dem Zusammenwirken von Zins- und Verteilungsmechanismus bei Vollbeschäftigung, daß eine auf Inflationsbekämpfung gerichtete Geld- und Fiskalpolitik doppelt vorteilhaft ist. Sie dient nicht nur stabilitätspolitischen Zielen, sondern hat auch positive Rückwirkungen auf die Einkommensverteilung. Daß gerade der restriktive Einsatz der Globalsteuerung oftmals auf verteilungspolitischen Widerstand stößt, erscheint aus makroökonomischer Sicht kaum nachvollziehbar.

4.2. Einkommens- und Verteilungsmechanismus

Während der Verteilungsmechanismus bei Vollbeschäftigung ohne weiteres mit dem Zinsmechanismus verknüpft werden kann, muß in einer unterbeschäftigten Wirtschaft zusätzlich eine Verknüpfung mit dem keynesianischen Einkommensmechanismus hergestellt werden. Der Zusammenhang zwischen geplanten Ersparnissen und Investitionen ist mit diesem Ziel in einen Zusammenhang zwischen der Gewinnquote und der Höhe des realen Sozialprodukts zu transformieren, der alle gleichgewichtigen Kombinationen beider Größen zum Ausdruck bringt⁸.

Nachfrageseitig besteht hier eine negative Beziehung (G/Y_D -Funktion): Ein Anstieg des Sozialprodukts führt bei gegebener Gewinnquote zu höheren Ersparnissen. Bei unveränderter Summe von Investitionen, Staatsverschuldung und Nettoexporten kommt es zu einem Sparüberhang, der durch einen Rückgang der Gewinnquote abgebaut werden muß. Man kann diesen Sachverhalt auch dahingehend interpretieren, daß erst die reale Einkommensumschichtung zugunsten der Arbeitnehmer zu der realen Mehrnachfrage nach Konsumgütern führt, die bei

⁸ Bei flexiblem Sozialprodukt kann die gleichgewichtige Einkommensverteilung nicht mehr allein aus dem Kreislaufzusammenhang abgeleitet werden. Es bedarf vielmehr einer Kombination mit angebotsorientierten Ansätzen der Verteilungstheorie. Vgl. Scherf, W. 1994: 143 ff.

konstanter Investitions-, Staats- und Auslandsnachfrage unerlässlich ist, wenn das reale Sozialprodukt steigen soll.

Um Realeinkommen und Verteilung simultan bestimmen zu können, ist die Einbeziehung der Angebotsbedingungen erforderlich. Angebotsseitig läßt sich ein positiver Zusammenhang zwischen Gewinnquote und realem Sozialprodukt begründen (G/Y_S -Funktion): (1) Die Gewinnquote nimmt im Aufschwung zu, weil die Unternehmen ihre Absatzpreise bei wachsender Nachfrage in gewissem Umfang erhöhen, auch wenn der normale Auslastungsgrad noch nicht erreicht ist. (2) Darüber hinaus kann ein Anstieg der Gewinnquote mit steigender Produktionsmenge auf die Degression der fixen Lohnkosten zurückgehen. Der Fixkosteneffekt kommt auch bei stark eingeschränkter Preisflexibilität – also insbesondere in ausgeprägten Rezessionsphasen – zum Tragen.

Abbildung 8: Einkommens- und Verteilungsmechanismus

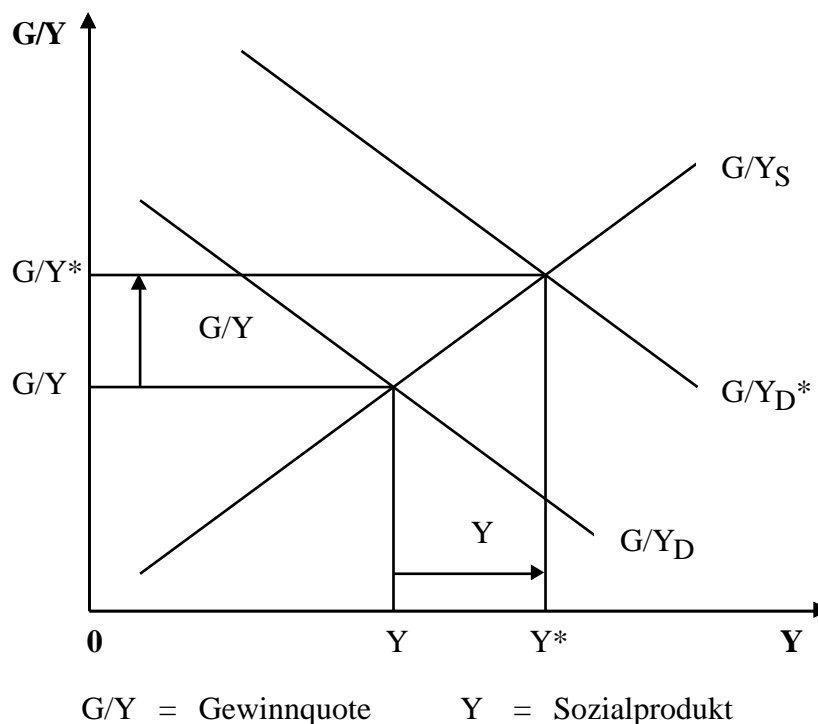


Abbildung 8 zeigt, wie man sich das Zusammenwirken von Einkommens- und Verteilungsmechanismus bei Unterbeschäftigung vorstellen kann. Grundsätzlich bestimmt der Schnittpunkt der angebots- und nachfrageseitig determinierten Gewinnquotenfunktionen das gesamtwirtschaftliche Einkommens- und Verteilungsgleichgewicht. Eine Erhöhung der kreditfinanzierten Staatsausgaben verschiebt zu jedem Wert des realen Sozialprodukts die nachfrageseitige Gewinnquote nach oben und den Schnittpunkt mit der angebotsseitigen Gewinnquote nach rechts.

Folglich kann man sagen, daß eine Mehrnachfrage bei Unterbeschäftigung nicht nur mit einer keynesianischen Anpassung über Produktions- und Beschäftigungssteigerungen (ΔY), sondern auch mit einer kaldorianischen Anpassung über einen Gewinnquotenzuwachs ($\Delta G/Y$) verbunden ist.

Mit dem Übergang zu einer unterbeschäftigten Wirtschaft wird der Verteilungsmechanismus also keineswegs außer Kraft gesetzt. Vielmehr können in der Rezession Einkommens- und Verteilungsmechanismus (u. U. auch noch der Zinsmechanismus) bei der Koordination von Sparen und Investieren zusammenwirken. Die Flexibilität der Einkommensverteilung, die durch das Preisbildungsverhalten der Unternehmen allerdings nach unten begrenzt sein dürfte, läuft in der Tendenz auf eine Erhöhung der Stabilität des Marktsystems gegenüber autonomen Nachfrageschwankungen hinaus.

Da die kaldorianischen Verteilungseffekte auch bei Unterbeschäftigung auftreten, sind alle makroökonomischen Theorien unvollständig, die mit einer einheitlichen einkommensabhängigen Konsumfunktion operieren. Dieser Defekt betrifft nicht zuletzt das traditionelle IS-LM-Modell. Es vermittelt zwar kein falsches, aber doch ein in entscheidenden Punkten korrekturbedürftiges Bild der gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozesse. Diese laufen in einer unterbeschäftigten Wirtschaft eben nicht nur (primär) über Sozialprodukts- und (sekundär) über Zinsänderungen. Vielmehr sind mit den Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials in der Regel gleichgerichtete Variationen der Gewinn- und damit der Sparquote verbunden, die zusätzlich berücksichtigt werden müssen.

Für die Globalsteuerung ist dies vor allem deshalb von Bedeutung, weil eine expansive Politik in der Rezession tendenziell in Konflikt mit dem Verteilungsziel steht. Erreichbar ist ein Anstieg von Produktion und Beschäftigung eben nur unter Inkaufnahme einer konjunkturell steigenden Gewinnquote. Insbesondere die Lohnpolitik muß bereit sein, diesen Verteilungseffekt zu akzeptieren. Andernfalls besteht die Gefahr, daß eine auf Nachfragebelebung abzielende Stabilitätspolitik durch eine kostensteigernde Lohnpolitik konterkariert wird. Statt eines konjunkturpolitischen Erfolges droht dann das Umschlagen der Rezession in eine Stagflation, der mit den Mitteln der Globalsteuerung nicht mehr beizukommen ist (vgl. Abschnitt 4.4).

4.3. Übersetzung in das Angebots-Nachfrage-Schema

Die Überlegungen zur Kombination von Einkommens- und Verteilungsmechanismus bei Unterbeschäftigung lassen sich problemlos in das geläufigere Ange-

bots-Nachfrage-Schema transformieren. Da die Verteilungsänderung zu Lasten der Unternehmer über Preissenkungen erfolgt, impliziert der nachfrageseitige Zusammenhang zwischen Einkommen und Gewinnquote auch eine negative Verknüpfung zwischen Nachfragepreisniveau und Sozialprodukt. Aus dem Kaldor-Mechanismus resultiert also, wie bereits erwähnt, eine fallende Funktion für das Nachfragepreisniveau. Analog dazu kann die Begründung des angebotsseitigen Zusammenhangs zwischen Gewinnquote und Sozialprodukt zur Erklärung der steigenden Funktion für das Angebotspreisniveau herangezogen werden.

Abbildung 6 zeigt in dieser Interpretation folgenden Wirkungszusammenhang: Eine kreditfinanzierte Erhöhung der Staatsausgaben bewirkt eine Rechtsverschiebung der Funktion für das Nachfragepreisniveau. Im Unterbeschäftigungsbereich ($Y < Y^*$) dominieren die realen Multiplikatorwirkungen, d. h. es kommt zu einem Anstieg von Produktion und Beschäftigung ohne nennenswerte Verdrängung privater Nachfrage. Die dominierende Anpassungsform ist der Einkommensmechanismus, aber auch der Verteilungsmechanismus spielt eine Rolle. Da mit wachsender Kapazitätsauslastung die fixen Lohnkosten pro Stück sinken, kommt es im Aufschwung bei noch weitgehend konstanten Preisen zu einem überproportionalen Anstieg der Unternehmergewinne, was den Einkommensmultiplikator tendenziell reduziert.

Bei Annäherung an die Normalauslastung (Y') werden die Mengeneffekte von Preissteigerungen begleitet und gedämpft. Der Verteilungsmechanismus gewinnt dadurch gegenüber dem Einkommensmechanismus an Bedeutung. Die Zentralbank hat aber noch keinen Grund, diesen konjunkturellen und mit Blick auf das Erreichen der Normalauslastung unvermeidlichen Preissteigerungen⁹ durch eine restriktive Geldpolitik entgegenzuwirken; der Zinsmechanismus spielt weiterhin eine untergeordnete Rolle. Erst die bei Überschreiten der Normalauslastung ($Y > Y'$) eintretende Inflation dürfte spürbare monetäre Restriktionen hervorrufen und den Zinsmechanismus verstärkt ins Spiel bringen. Gleichzeitig verliert der Einkommensmechanismus rapide an Gewicht.

Insgesamt kann man also festhalten, daß alle Mechanismen bei der Koordination von Sparen und Investieren und damit bei der Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zusammenwirken, allerdings mit konjunkturell stark wechselndem Gewicht. Unterbeschäftigungssituationen sind durch die Dominanz von Einkommens- und Verteilungsmechanismus gekennzeichnet, Vollbeschäfti-

⁹ Vgl. zum Begriff der unvermeidlichen Preissteigerungen und ihrer Bedeutung im Rahmen der Geldmengenpolitik Köhler, C. 1983: 119 ff.

gungssituationen dagegen durch die Dominanz von Zins- und Verteilungsmechanismus. Die im IS-LM-Modell allzu sehr betonte Kombination von Zins- und Einkommensmechanismus dürfte dagegen für normale Konjunkturphasen eher untypisch sein. Ihre Bedeutung nimmt allerdings zu, wenn man Stagflationsprobleme in die Betrachtung einbezieht.

4.4. Angebotsseitige Absicherung der Globalsteuerung

Die bisherigen Überlegungen zu den gesamtwirtschaftlichen Anpassungsprozessen, auf denen eine Globalsteuerung der Wirtschaft aufbaut, gingen stets von einer gegebenen Angebotsfunktion, d. h. von stabilen Angebotsbedingungen aus. Sie waren insofern unvollständig. Wenn angebotsseitige Störungen hinzutreten, ist die Nachfragepolitik allein überfordert. Inflation und Arbeitslosigkeit können gleichzeitig auftreten, aber nicht gleichzeitig mit fiskal- und geldpolitischen Instrumenten bekämpft werden. Dieses Problem sei abschließend am Beispiel einer expansiven Lohnpolitik illustriert (Scherf, W. 1995/2: 567 ff).

Abbildung 9: Wirkungen einer expansiven Lohnpolitik

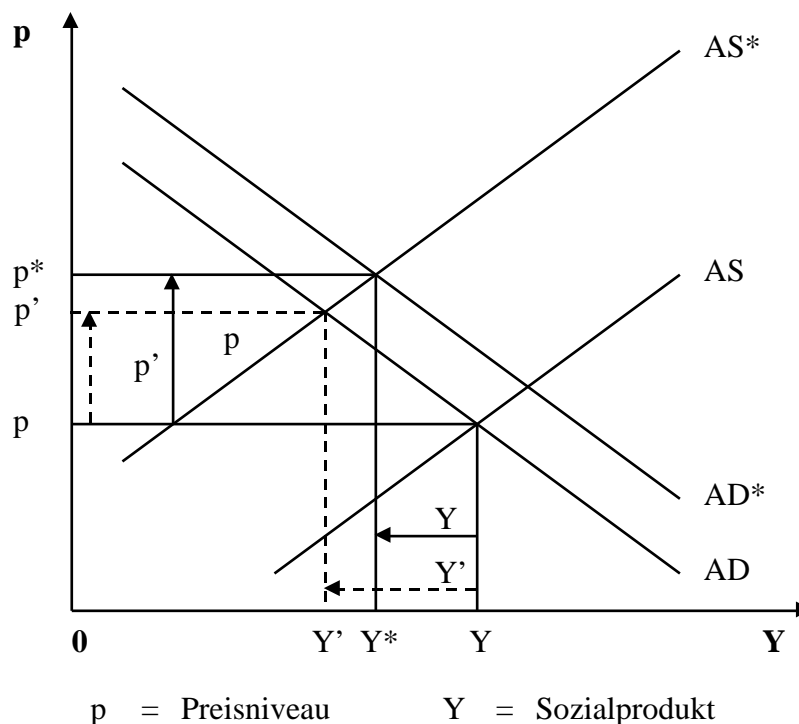


Abbildung 9 enthält die bekannten, nun auch unter Verteilungsaspekten interpretierbaren Funktionen für das Angebots- bzw. Nachfragepreisniveau. Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen und daher die Stückkosten erhöhen, verursachen eine Verschiebung der AS-Funktion nach oben. Bei gegebener AD-Funktion wäre ein Preisanstieg (p') bei rückläufiger Produktion

und Beschäftigung (Y') die Folge. Lohnerhöhungen haben jedoch neben dem Kosten- einen Nachfrageeffekt, der die AD-Funktion ebenfalls nach oben verschiebt. Dies verstärkt die Inflationwirkungen (p), reduziert aber die Produktions- und Beschäftigungseffekte (Y). Dennoch ist per saldo mit einem Beschäftigungsverlust zu rechnen, weil (und sofern) die Zentralbank aufgrund der kosteninduzierten Inflation eine restriktive Geldpolitik betreibt und damit die Vollüberwälzung des Lohnkostenanstiegs in den Güterpreisen verhindert.

Das zentrale Problem einer kosten- und preistreibenden Lohnpolitik liegt darin, daß sie auch bei Unterbeschäftigung monetäre Restriktionen provoziert. Damit entsteht ein Konflikt zwischen Beschäftigung und Inflation, der die Globalsteuerung erschwert oder sogar unmöglich macht. Geld- und Fiskalpolitik werden durch die Lohnpolitik in die Konfrontation getrieben. Ein koordiniertes Vorgehen scheitert an gegebenenfalls unterschiedlichen Zielgewichtungen, vor allem aber an der Unmöglichkeit einer zugleich restriktiven und expansiven Stabilitätspolitik. Dieses Dilemma ist nur durch eine angebotsseitige, im wesentlichen lohnpolitische Absicherung der Globalsteuerung zu überwinden (Oberhauser, A. 1986: 149 ff).

5. Fazit

Die hier skizzierten Überlegungen zu den makroökonomischen Grundlagen der Globalsteuerung lassen sich in mancher Hinsicht erweitern und relativieren. Dies gilt beispielsweise für die (Nicht-) Berücksichtigung außenwirtschaftlicher Aspekte, denen im Zeitalter der vielbeschworenen Globalisierung wachsende Bedeutung beizumessen ist. Hier ging es aber darum, die Basishypothesen der makroökonomischen Einkommens- und Beschäftigungstheorie zu resümieren und kritisch zu reflektieren. Insbesondere sollte dargelegt werden, daß die in der Einkommens- und Beschäftigungstheorie dominierenden Erklärungsmuster unzulänglich sind, weil sie die makroökonomischen Verteilungsaspekte ausblenden.

Die Bedeutung des Verteilungsmechanismus für die Globalsteuerung liegt generell in der Abschwächung der Wirkungen konjunktureller Nachfrageschwankungen auf Produktion und Beschäftigung und auf das Zinsniveau. Insofern sind seine Wirkungen aus stabilitätspolitischer Sicht positiv einzustufen. Die Resistenz der Marktwirtschaft gegenüber konjunkturellen Einflüssen ist größer und der Bedarf an konjunkturpolitischer Gegensteuerung kleiner als die keynesianische Theorie unterstellt.

Andererseits muß man sehen, daß die Verteilungseffekte in bestimmten Situationen die Globalsteuerung erschweren können. Insbesondere in der Rezession existiert ein latenter Konflikt zwischen Stabilitäts- und Verteilungspolitik. Expansive Maßnahmen verschieben die Verteilung zugunsten der Unternehmergewinne. Obwohl auch die Arbeitnehmer absolut gesehen von einem Produktions- und Beschäftigungszuwachs profitieren, ist der Gewinnquotenanstieg oftmals Anlaß für güterwirtschaftlich nicht gedeckte Lohnforderungen, die den Aufschwung gefährden.

Bei Vollbeschäftigung sind stabilitäts- und verteilungspolitische Ziele dagegen durchaus kompatibel. Hier fehlt allerdings das Bewußtsein dafür, daß Steuererhöhungen, etwa durch einen Stabilitätszuschlag, keine reale Belastung der Arbeitnehmer darstellen, sondern infolge ihrer nachfragedämpfenden Wirkung vorwiegend die Unternehmergewinne reduzieren. Die Akzeptanz einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik wäre vermutlich höher, wenn deren effektive Inzidenz zutreffend eingeschätzt würde. Auch dies unterstreicht noch einmal, daß durch die Berücksichtigung der Erkenntnisse der Kreislauftheorie der Verteilung die makroökonomische Fundierung der Globalsteuerung verbessert werden kann.

Literatur

- Dornbusch, R./Fischer, S. (1995): Makroökonomik. 6. Auflage. München.
- Hicks, J. R. (1937): Mr. Keynes and the „Classics“: A Suggested Interpretation. *Econometrica*, 147 ff. Oxford.
- Issing, O. (1991): Einführung in die Geldtheorie. 8. Auflage. München.
- Kaldor, N. (1962): Alternative Theories of Distribution. Kaldor, N.: *Essays on Value and Distribution*, 209 ff. London.
- Köhler, C. (1983): Geldwirtschaft. Band 3. Berlin.
- Kromphardt, J. (1987): Arbeitslosigkeit und Inflation. Göttingen.
- Külp, B. (1994): Verteilung. Theorie und Politik. 3. Auflage. Stuttgart.
- Landmann, O. (1981): Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie. Bombach, G. u. a. (Hrsg.): *Der Keynesianismus I*, 133 ff. Berlin.
- Oberhauser, A. (1977): Liquiditätstheorie des Geldes als Gegenkonzept zum Monetarismus. *Kredit und Kapital*, Band 10, 207 ff. Berlin.
- Oberhauser, A. (1986): Globalsteuerung erfordert lohnpolitische Absicherung. Körner, H./Uhlig, C. (Hrsg.): *Die Zukunft der Globalsteuerung*, 149 ff. Bern.
- Scherf, W. (1994): Die Bedeutung des kaldorianischen Verteilungsmechanismus für die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen der staatlichen Neuverschuldung. Frankfurt am Main.
- Scherf, W. (1995/1): Die Bedeutung der nicht ausgeschütteten Gewinne für die Koordination von Sparen und Investieren. *Wirtschaft und Gesellschaft*, 21. Jahrgang, Heft 4, 509 ff. Wien.
- Scherf, W. (1995/2): Stabilitätskonforme Lohnpolitik. Ein Vergleich alternativer Lohnleitlinien aus gesamtwirtschaftlicher Sicht. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 214, 557 ff. Stuttgart.
- Siebke, J./Thieme, H. J. (1995): Einkommen, Beschäftigung, Preisniveau. *Vah-lens Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik*, 87 ff. München.